

Thomas Röper¹

„Putin: Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?“²



Westliche Medien und Politiker behaupten immer wieder, dass Russland die EU spalten und schwächen möchte. Doch diese These gilt es zu überprüfen. Am besten dadurch, dass wir uns die Reden von Wladimir Putin etwas genauer betrachten, die er während seiner Präsidentschaft zur Thematik gehalten hat und in ihnen darlegte, welche geopolitischen Ziele Russland verfolgt. Dabei handelt es sich vor allem um drei Reden, die als historisch bezeichnet werden. Alle drei hatten geopolitische Themen zum Inhalt: Zum einen seine Rede vor dem deutschen Bundestag im Jahre 2001, dann die Rede bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 und seine Ausführungen vor der UNO Vollversammlung 2015.

Als erster russischer Regierungschef durfte Putin am 25.9.2001, nur zwei Wochen nach 9/11, eine Rede im Deutschen Bundestag halten. Dort konnte man im Kern alle Punkte seiner Politik aus erster Hand und auf Deutsch hören. Punkte, die alle praktisch unverändert bis heute seine Politik bestimmen. Die Rede kann jeder Interessierte auf der Seite des Bundestages oder auf YouTube finden.

¹ **Thomas Röper**, Jahrgang 1971, war als Experte für Osteuropa in Versicherungs- und Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Russland in Vorstands- und Aufsichtsratspositionen tätig; danach unabhängiger Unternehmensberater in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt das Internet-Portal www.antispiegel.ru Schwerpunkte seiner Arbeit sind das mediale Russlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen sowie die Themen Geopolitik und Wirtschaft.

² Titel des Buches von Thomas Röper im J-K-Fischer-Verlag 2019: „Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?“

Über Deutschland sagte Putin dabei:

„Russland hegte gegenüber Deutschland immer besondere Gefühle. Wir haben Ihr Land immer als ein bedeutendes Zentrum der europäischen und der Weltkultur behandelt, für deren Entwicklung auch Russland viel geleistet hat. Kultur hat nie Grenzen gekannt. Kultur war immer unser gemeinsames Gut und hat die Völker verbunden.“

In Russland ist man sehr geschichtsbewusst. Im Unterschied zu Deutschland geht das Geschichtsbewusstsein Russlands jedoch über Jahrhunderte zurück, während in der deutschen Wahrnehmung die NSZeit einen Einschnitt bedeutet und das deutsche Geschichtsbewusstsein sich sehr oft auf politische Allianzen nach 1945 beschränkt. Der zweite Weltkrieg mit seinen 25 Millionen Opfern auf Seiten der Sowjetunion ist auch in Russland immer noch wichtig und präsent, jedoch ist er aus russischer Sicht keine derartige Zäsur wie aus deutscher Sicht. Außerdem haben, wie Putin ausführt, Deutsche Russlands Geschichte sehr stark und positiv geprägt. Und das ist den Menschen in Russland auf Schritt und Tritt bewusst, denn es gibt Straßen, die deutsche Namen tragen, ehemals deutsche Stadtteile in vielen russischen Städten, und sogar einige der wichtigsten Regenten in Russland waren Deutsche oder hatten deutsche Wurzeln.

Dies muss man im Hinterkopf haben, wenn man Putins Ausführungen im Deutschen Bundestag zur gemeinsamen Geschichte einordnen will:

„Verehrte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, ein paar Worte zu den deutsch-russischen Beziehungen zu sagen - ich möchte das gesondert

betrachten: Die russisch-deutschen Beziehungen sind ebenso alt wie unsere Länder. Die ersten Germanen erschienen Ende des ersten Jahrhunderts in Russland. Am Ende des 19. Jahrhunderts bildeten die Deutschen in Russland die neuntgrößte Minderheit. Aber nicht nur die Zahl ist wichtig, sondern natürlich auch die Rolle, die diese Menschen in der Entwicklung des Landes und im deutsch-russischen Verhältnis gespielt haben: Das waren Bauern, Kaufleute,

die Intelligenz, das Militär und die Politiker. Zwischen Russland und Amerika liegen Ozeane.

Zwischen Russland und Deutschland liegt die große Geschichte.

Es ist wichtig, diese Geschichte richtig zu deuten. Wie ein guter westlicher Nachbar verkörperte Deutschland für Russen oft Europa, die europäische Kultur, das technische Denkvermögen und kaufmännisches Geschick. Nicht zufällig wurden früher alle Europäer in Russland Deutsche genannt und die europäische Siedlung in Moskau zum Beispiel „Deutscher Vorort“.

Putins wiederholte Angebote zur Kooperation

Putin, damals noch unerfahren in Geopolitik und durchaus naiv, wie er später selbst zugab, sprach eine Vision an, die später zu dem Kernproblem der Beziehungen zwischen „dem Westen“ und Russland werden sollte:

„Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.

Putin hat Europa, also der EU, damals ein deutliches Angebot gemacht: Er hat ein Zusammengehen vorgeschlagen, von dem beide Seiten profitieren würden. Aber ein solches Zusammengehen hätte die Macht der USA in Europa reduziert, und genau darin liegt der Grund, warum Putins Vorschlag, den er immer wieder erneuert hat, im von den USA dominierten Westen nicht einmal diskutiert wird.

2015 wurde Putin in einem Interview von einem russischen Journalisten gefragt, ob er enttäuscht sei, dass seine ausgestreckte Hand vom Westen in all den Jahren nie angenommen worden ist. In seiner Antwort hat Putin erzählt, wie er zu dieser Idee des Zusammengehens mit Europa gekommen ist:

„2001, als ich im Bundestag sagte, dass wir uns zusammmentun sollten,

zusammen in die Zukunft gehen, einen gemeinsamen Raum aufbauen, da hörte sich das an, als wären das meine eigenen Ideen und Vorschläge.

Tatsächlich war das nicht meine Idee. 1992 oder 1993 nahm mich der damalige Bürgermeister von St. Petersburg, Sobtschak, mit nach Bonn zu Kanzler Kohl. Und plötzlich bat Kohl alle Teilnehmer, den Raum zu verlassen, auch die Dolmetscher, und dann habe ich übersetzt. Und da habe ich das zum ersten Mal gehört, von Kohl, von dem Kanzler, der noch in seinem Bungalow in Bonn war und nicht in Berlin. Und er sagte plötzlich: „Ich sehe Europas Zukunft nicht ohne Russland.“ Für mich, als ehemaligen Offizier der Auslandsaufklärung, war das völlig unerwartet. Aber ich fand es sehr interessant. Und er begann sehr überzeugt zu erzählen, warum er das meinte. Er sagte, auf der Welt entstehen neue mächtige Giganten, neue Machtzentren in Asien.

Er sagte, die USA würden sich mit der Zeit mehr und mehr um ihre eigenen Interessen kümmern und um den amerikanischen Kontinent. Übrigens passiert ja jetzt genau das (Putin lacht). Genauso, wie Kohl es 1992 gesagt hat, so passiert es jetzt.

Kohl sagte: „Damit Europa als Zivilisation erhalten bleibt, müssen wir uns mit Russland zusammentun. Mit seiner Größe, seinen unendlichen Reichtümern und seiner uns kulturell so verwandten Bevölkerung, mit seiner Wissenschaft und seiner militärischen Macht. Wenn wir all das zusammentun, dann bleibt Europa ein Machtzentrum in der Welt.“

So hat er das damals gesagt. Ich habe das nur umformuliert und im Bundestag gesagt. Ich konnte da ja schlecht ihn als Urheber nennen, aber ich habe diese Position seitdem geteilt und ich teile sie auch heute.

Aber leider ist es so nicht gekommen. Was habe ich in München 2007 gesagt? Ein Land, die USA, wollen nun ihr eigenes Recht auch außerhalb ihres Territoriums anwenden. Das wird aber niemand freiwillig zulassen.“

Damit kommen wir zu Putins zweiter wichtigen Rede, der Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahre 2007.

In der Rede führte er ausführlich aus, warum das monopolare Modell in seinen Augen für die Welt ungeeignet ist. Monopolares Modell bedeutet die Vorherrschaft eines Landes über die Welt. Das war – wenn auch in der Sprache der Diplomaten – ein Frontalangriff auf den Anspruch der USA, die Welt zu dominieren. Anschließend beschrieb Putin, wie seiner Ansicht nach das Ergebnis dieser Vorherrschaft der USA aussieht. Wenn man dieses Zitat hört, muss man sich vor Augen führen, dass Putin das 2007 gesagt hat, also lange vor dem Krieg in Syrien, dem Krieg in Libyen oder dem Maidan mit dem folgenden Krieg in der Ukraine. Putins Worte klingen aus heutiger Sicht, 13 Jahre später, fast schon prophetisch:

„Einseitige, oft nicht legitime Handlungen haben nicht ein einziges Problem gelöst. Vielmehr waren sie Ausgangspunkt neuer menschlicher Tragödien und Spannungsherde. Urteilen Sie selbst: Kriege, lokale und regionale Konflikte sind nicht weniger geworden. Herr Teltschik hat ganz leicht daran erinnert. Und es sterben nicht weniger Menschen bei diesen Konflikten als früher, sondern sogar mehr. Bedeutend mehr!

Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt - militärischer Gewalt - in den internationalen Beziehungen, eine Gewalt, welche eine Sturmflut aufeinander folgender Konflikte in der Welt auslöst. Im Ergebnis reichen dann die Kräfte nicht mal für eine komplexe Lösung wenigstens eines dieser Konflikte aus.

*Eine politische Lösung ist ebenfalls unmöglich. Wir sehen eine immer stärkere Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch: Bestimmte Normen, ja eigentlich fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem natürlich der Vereinigten Staaten, hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt. Nur, wem gefällt das schon?
(...)*

Das ist allerdings äußerst gefährlich. Es führt dazu, dass sich schon niemand mehr sicher fühlt. Ich will das unterstreichen: Niemand fühlt sich mehr sicher! Weil sich niemand mehr hinter dem Völkerrecht wie hinter einer schützenden Wand verstecken kann. Eine solche Politik

*erweist sich als Auslöser für das Wettrüsten.
Die Dominanz des Faktors Gewalt löst in einer Reihe von Ländern
den Drang nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen aus.
Mehr noch: Es erschienen ganz neue Bedrohungen, die zwar früher
schon bekannt waren, aber heute globalen Charakter annehmen, wie
der Terrorismus.“*

Gewaltanwendung? Nur im Sinne der UN-Charta

Putin trat immer gegen die einseitigen Kriege der USA ein. Zur Anwendung militärischer Gewalt sagte er damals (und das wiederholt er bis heute bei jeder Gelegenheit):

„Ich bin überzeugt, dass der einzige Mechanismus zur Entscheidung über die Anwendung von Gewalt als letzte Maßnahme nur die UNCharta sein darf (...) Legitim ist eine Anwendung von Gewalt nur dann zu nennen, wenn ihr ein UNO-Beschluss zu Grunde liegt. Und man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen.“

In seiner Rede 2015 vor der UNO-Vollversammlung nahm Putin dann schon praktisch kein Blatt mehr vor den Mund. Putin ist für eine Stärkung der UNO als den Ort, in dem die Staaten nach Kompromissen suchen und diese auch befolgen. Er wandte sich gegen alle Versuche, die UNO weiter zu schwächen und erklärte, wozu es führen wird, wenn Staaten (er meinte wieder den Westen unter Führung der USA) sich über die UNO hinwegsetzen oder sie marginalisieren wollen:

„Das kann zu einem Einsturz der gesamten Architektur der internationalen Beziehungen führen. Dann werden uns wirklich keine Regeln bleiben, außer dem Recht des Stärkeren. Das wird eine Welt sein, in der statt kollektiver Arbeit der Egoismus herrschen wird, eine Welt mit immer mehr Diktat und immer weniger Gleichberechtigung, echter Demokratie und Freiheit, eine Welt, in der anstelle wirklich souveräner Staaten die Zahl der Protektorate und von außen gesteuerten Territorien zunehmen wird.“

Putin ist ausgesprochen geschichtsbewusst und keineswegs ein Verfechter der Politik der damaligen Sowjetunion, wie ihm im Westen gerne unterstellt wird. Er führte weiter aus:

„Wir alle sollten nicht die Erfahrung der Vergangenheit vergessen. Wir (in Russland) haben etwa Beispiele aus der Geschichte der Sowjetunion im Gedächtnis. Der Export von sozialen Experimenten, die Versuche, Veränderungen in diesen oder jenen Staaten auf der Basis der eigenen ideologischen Vorstellungen herbeizuführen, führten oftmals zu tragischen Folgen, brachten nicht den Fortschritt, sondern eine Verschlechterung. Wie es jedoch aussieht, lernt niemand aus den Fehlern der anderen, sondern wiederholt sie nur. Und der Export von so genannten „demokratischen“ Revolutionen setzt sich fort.“

Dann kam er auf Nordafrika und den Nahen Osten, die Politik der USA in der Region zu sprechen, die vom Westen mitgetragen wird. Über die Folgen dieser Politik sagte er:

„Es genügt, auf die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika zu schauen. Gewiss, die politischen und die sozialen Probleme häuften sich in diesen Regionen seit langem und die Menschen wollten Veränderungen.

Doch was passierte in Wirklichkeit? Eine aggressive äußere Einmischung führte dazu, dass anstelle der Reformen die staatlichen Institutionen und die Lebensweise der Menschen rücksichtslos zerstört wurden. Statt des Triumphs von Demokratie und Fortschritt gibt es Gewalt, Armut und soziale Katastrophen, während die Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben, keinen Wert mehr haben. Man möchte diejenigen fragen, die diese Situation geschaffen haben.

„Seht ihr jetzt endlich, was ihr angerichtet habt?“

Warum zitiere ich diese Reden so ausführlich, obwohl sie auf den ersten Blick nichts mit dem russisch-europäischen Verhältnis zu tun haben?

Weil aus diesen und allen anderen Reden Putins eines deutlich wird: Er kritisiert die USA massiv und ganz offen, aber findet keine schlechten Worte für die Europäer. Vielmehr bedauert er sie oft ganz offen, denn in seinen Augen unterstützen sie die USA und tun dies sogar sehr oft zum eigenen Schaden.

Putin spricht dann immer davon, dass die Europäer ihre Souveränität abgegeben haben und bedauert sie dafür. Er plädiert für souveräne Staaten, die ihre eigenen Interessen verfolgen und die Interessen anderer respektieren. Nur so lassen sich aus seiner Sicht tragfähige Kompromisse finden, von denen alle Beteiligten profitieren. Und eine solche Politik verhindert Kriege, weil sie auf dem Respekt vor den Interessen der „Partner“, wie er sie nennt, aufbaut. Putin plädiert also dafür, dass sich die EU von den USA emanzipiert und endlich eine Politik macht, die ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, anstatt den Interessen der USA – oft zum eigenen Nachteil – zu dienen.

Und nun kommen wir zu der Frage, um die es geht: Will Putin die EU schwächen, spalten, destabilisieren?

Nun, die Antwort kann jeder schnell selbst finden. Kann eine gespaltene, geschwächte und destabilisierte EU sich jemals von den USA abnabeln? Natürlich nicht, das kann nur eine starke und einige EU tun. Wenn Putin also eine Emanzipation der EU von den USA möchte, dann braucht er eine starke EU, keine schwache. Und dass Putin seine internationalen Partner nicht unterjochen oder dominieren möchte, zeigt seine Politik deutlich.

Mit GUS-Ländern, die Russland dominieren könnte, verfährt Putin partnerschaftlich und auf Augenhöhe. Ein in Deutschland wenig bekanntes Beispiel ist Kasachstan. Während westliche Medien Russland vorwerfen, mit der Eurasischen Wirtschaftsunion die ehemaligen GUS-Staaten dominieren zu wollen, war das Projekt in Wirklichkeit eine Idee des kasachischen Präsidenten. Im Gegensatz zu internationalen Organisationen, die im Westen geschaffen werden, gibt es bei den Organisationen, an deren Gründung Russland mitgearbeitet hat, keine dominierende Macht. Die USA haben sich bei Weltbank, IWF, Nato und so weiter eine

Vormachtstellung gesichert, um die „Partner“ dominieren zu können. In den Organisationen, die Russland mitgegründet hat, sind alle Mitglieder, egal ob großer oder kleiner Staat, gleichberechtigt und haben die gleichen Stimmrechte.

Auch Putins China-Politik zeigt, dass Putin auf Ausgleich setzt. Russland und China standen sich jahrzehntelang feindselig gegenüber, sogar ein Krieg schien eine Zeitlang möglich. Mit einer geduldigen Politik des Ausgleichs hat Putin es geschafft, dass die beiden ehemaligen Rivalen nun enge Partner und auf vielen politischen Feldern sogar Verbündete sind. Es gibt also keinen Grund anzunehmen, dass Putin im Falle einer Partnerschaft mit der EU anders verfahren würde, als beim wesentlich schwächeren Kasachstan oder beim ebenfalls wirtschaftlich starken China.

Putin sucht mit jedem Land gemeinsame Interessen, und sind die gefunden, wird die Zusammenarbeit schrittweise ausgebaut und das oft bis hin zu einer echten Partnerschaft auf Augenhöhe.

Die Zusammenarbeit mit einem gleichberechtigten Partner, mit dem man Abmachungen trifft, die für beide Seiten vorteilhaft sind, ist zwar anfangs kompliziert, aber langfristig viel einfacher. Der gleichberechtigte Partner wird den getroffenen Vereinbarungen treu bleiben, weil er von ihnen profitiert. Ein dominierter „Partner“ muss immer wieder mit mehr oder weniger offen sichtbarem Druck „bei der Stange“ gehalten werden. Putin will also in Wahrheit das Gegenteil von dem, was die westlichen Medien ihm unterstellen. Es sind im Gegenteil die USA, die ein Interesse an einer schwachen EU haben. Und das sagen sie – zumindest bei sich zu Hause – auch ganz offen.

Das kann man sehen, wenn man den großen Geostrategen der USA zuhört. Es sind dies oft in Europa weitgehend unbekannte Menschen, die aber in den USA eine wichtige Rolle spielen. Da ist zunächst Zbigniew Brzezinski, ein Mann, der unter Präsident Carter Nationaler Sicherheitsberater war und danach bis zu seinem Tod 2017 jeden Präsidenten beraten hat. Er hat schon 1998 ein Buch mit dem Titel „The Great Chessboard“ (auf Deutsch „Die einzige Weltmacht“) geschrieben, in dem er darlegte, dass die USA, wenn sie einzige

Weltmacht bleiben wollen, den Eurasischen Kontinent beherrschen müssten.

Da sie nicht alle Länder zwischen Atlantik und Pazifik besetzen können, stellte er sich ein System aus internationalen Verträgen und Organisationen vor, die jeweils von den USA dominiert werden und die anderen Länder so an die USA binden. Er nahm im Grunde die altbekannte Strategie des „Teilen und Herrschen“ auf, die schon das römische Reich in der Antike genutzt hat. Das bedeutet, dass man auch einzelne Länder in Konflikte miteinander treiben kann, die sich dann gegenseitig schwächen, anstatt die Macht der USA zu schwächen.

USA-Albtraum: Ein Zusammengehen EU/Russland

Wie einflussreich sein Buch auf die internationale Politik war und ist, das sieht man an seinen Gedanken zur Ukraine, die für ihn ein strategischer Schlüsselstaat ist. Wichtig war für ihn, die Ukraine dauerhaft von Russland zu trennen, da dies erstens Russland schwächen und zweitens auch einen Keil zwischen Europa und Russland treiben würde, eben das Prinzip „Teile und Herrsche“. Er sprach ganz offen davon, dass die USA Russland schwächen müssten und auch eine Schwächung der mit den USA verbündeten Europäer sah er als erstrebenswert an. Ein Zusammengehen von Europa und Russland ist für die Vordenker der Geopolitik in Washington der größte Albtraum, denn auch die USA sehen es so, dass diese Allianz tatsächlich zu einem internationalen Machtzentrum würde. Und eine solche Schwächung der eigenen Position können die USA um keinen Preis zulassen, wenn sie ihre Rolle als einzige Weltmacht auf Dauer erhalten wollen. Ein weiteres Beispiel ist George Friedmann, seines Zeichens ebenfalls ein Geostratege.

Er sagte in einer Pressekonferenz 2015, dass die USA seit über hundert Jahren vor allem ein Interesse verfolgen, nämlich eine Allianz zwischen Deutschland und Russland zu verhindern, da Russlands Ressourcen und Deutschlands Know-How vereint die größte Gefahr für die weltweite Vorherrschaft der USA darstelle.

Die Liste derartiger Aussagen in Washington ist lang, dies ist also keine Verschwörungstheorie, sondern das sind die Aussagen derer, die als Berater die US-Außenpolitik bestimmen. Der tatsächliche Gegner der Europäer, der sie schwächen (oder schwach erhalten) möchte, sind die USA. Russland möchte das Gegenteil erreichen: Es ist an einer Stärkung der Europäer interessiert, denn nur das kann zu dem von Putin angestrebten „gemeinsamen Raum von Lissabon bis Wladiwostok“ führen. Mit einer schwachen – oder gar einer in ihre Einzelstaaten zerbrechenden – EU ist das russische Ziel unerreichbar.

Russland, Putin und der Terrorismus

Ein Kapitel aus dem genannten Buch von Thomas Röper, etwas gekürzt.

Für Putin waren hier sicher auch die Ereignisse in Tschetschenien prägend. Als – so seine Sicht der Dinge – mit Unterstützung der USA und radikaler arabischer Islamisten der Versuch gemacht wurde, Tschetschenien aus dem russischen Staat zu lösen. Putin, als russischer Patriot, sah dies als Angriff auf Russland als Staat insgesamt. Entsprechend deutlich war die Reaktion, als Russland in einem langen Krieg die Islamisten aus dem Land vertrieb [Zweiter Tschetschenien-Krieg 1999-April 2009].

Aber Putin hat auch andere Erfahrungen in dem Krieg gemacht, nämlich die, dass für einen Sieg nicht nur ein militärisches Vorgehen gegen den Feind nötig ist, sondern auch eine ausgestreckte Hand für jeden, der die Waffen niederzulegen bereit ist. Der Wendepunkt in Tschetschenien war wahrscheinlich, als die pro-russischtschetschenischen Kräfte Putin von so einer Amnestie überzeugten. In der Folge wechselten Tausende Tschetschenen, die vorher auf der Seite der Islamisten gekämpft hatten, die Seite.

Trotz des grausamen Krieges ist Tschetschenien heute eine friedliche und wieder aufgebaute Teilrepublik Russlands. Die Tschetschenen leben dort nach ihren Traditionen und Bräuchen, die für jeden Europäer fremd sind. Die Tschetschenen sind ein stolzes

moslemisches, durchaus militaristisches und patriarchalisches Volk, das auch den meisten Russen mehr als fremd ist. Der beliebteste Sport dort ist der Free Fight, bei dem praktisch alles erlaubt und der entsprechend brutal ist.

Aber auch hier sieht man Putins Ansatz, dass jedes Volk in Russland nach seinen Traditionen leben darf und soll.

Aber die Erfahrungen, die Putin in diesem Konflikt gemacht hat, ziehen sich wie ein roter Faden durch alle seine Äußerungen zu der Ukraine oder zu Syrien. Er kritisiert Kiew dafür, keine Amnestie umzusetzen, die eine Voraussetzung dafür ist, dass die Menschen auch nur darüber nachdenken, ihre Waffen niederzulegen. Wenn die Ukraine in den heutigen Grenzen erhalten bleiben möchte, kommt sie um einen Versöhnungsprozess nicht herum, und dazu gehört eine Amnestie.

Auch auf Assad hat Putin in dieser Hinsicht eingewirkt, und Assad hat ebenfalls eine Amnestie ausgesprochen, was sicher dazu beigetragen hat, dass der größte Teil Syriens drei Jahre nach Russlands Eingreifen als befriedet gilt.

Im Gegensatz zu den meisten westlichen Politikern benennt Putin die so genannten „Fluchtursachen“ nicht nur, er benennt auch die aus seiner Sicht Verantwortlichen [direkt oder indirekt].

Die Kriege im Nahen Osten und Nordafrika haben USA und Nato begonnen. Unter dem Vorwand, für Menschenrechte und Freiheit zu kämpfen, wurden ganze Länder zerstört und die Menschen in die Flucht oder in die Hände von Radikalen getrieben.

Auch die Armut und Perspektivlosigkeit vor allem in Afrika ist in Putins Augen eine Folge der westlichen Wirtschaftspolitik, die unter dem Label der Wirtschaftshilfe [...] in Wirklichkeit den eigenen Konzernen Subventionen zukommen lässt, die dann die kleinen örtlichen Unternehmen vom Markt verdrängen. Dieses „Erfolgsrezept“ ist im Westen als „Globalisierung“ bekannt, und auch wenn Putin die Globalisierung eigentlich nie direkt angreift, ist doch recht eindeutig, dass er genau diese als Grund für die Armut

ausmacht. Und auch die Bildung ist für Putin ein wichtiges Thema, da aus seiner Sicht ein ungebildeter Mensch ein viel leichteres Opfer für die radikalen Islamisten ist, als einer, der über Wissen und eine fundierte Meinung verfügt.

Daher sind dies auch immer wieder die Lösungen, die Putin vorschlägt: Einerseits ein harter Kampf gegen Terroristen und andererseits Amnestien und Programme zum wirtschaftlichen (Wieder-) Aufbau der betroffenen Länder und eine Investition in die Bildung in den Ländern. Nur in dieser Kombination hält er einen Sieg gegen den Terror langfristig für möglich.